

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2010/328/1

Antrag der Gruppe X vom 19.10.2010: Moratorium Forum Endlagerdialog

Kreistag

14.02.2011

TOP

Mit Eingang vom 20.10.2010 beantragte und begründete KTA Donat im Namen der Gruppe X folgenden Tagesordnungspunkt:

Moratorium Forum Endlagerdialog

Begründung: Der Ausschussvorsitzende wurde vom Ausschuss nach der Fortsetzung der Zusammenarbeit des Programmkomitees für das „Endlagersymposiums 2008“ in die informelle Diskussionsrunde „Forum Endlagerdialog“ entsandt. Der Vorsitzende hat mit dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der alternativlosen Wiederaufnahme der „Erkundungsarbeiten“ am Salzstock Gorleben auf der Basis bereits bestehender Beschlüsse des Kreistages ein Moratorium für die Zusammenarbeit in diesem Gremium erklärt und die Mitarbeit beendet. Dem Vorsitzenden kommt eine umfassende Berichtspflicht über den Verlauf der Gespräche und die Voraussetzungen der Entscheidung zu. Abschließend hat über den Widerruf der Entsendung der Ausschuss/Kreisausschuss/Kreistag zu beschließen.

und reichte am 2.11.2010 einen Beschlussvorschlag mit weiterer Begründung nach:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beendet die Entsendung des Vorsitzenden des Ausschusses Atomanlagen in das informelle nichtöffentliche Gremium „Forum Endlagerdialog“ des BMU und entsendet auch kein anderes Mitglied.

Der Kreistag fordert die Bundesregierung und das Bundesumweltministerium auf, den Standort Gorleben nicht mehr für ein Endlager für radioaktive Abfälle in Betracht zu ziehen und den Weiterbau am Bergwerk Gorleben zu beenden.

Mindestens aber sind die Voraussetzungen für eine zeitgemäße weitreichende formale Öffentlichkeitsbeteiligung bei jeder Veränderung des gegenwärtigen Zustandes am Salzstock Gorleben zu schaffen.

Tatsächlich erforderlich wäre aber der Neubeginn der Endlagersuche in Deutschland unter frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung zur Herstellung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses. Grundvoraussetzung für die Gesprächsbereitschaft der Mehrheit der Bevölkerung ist jedoch die unverzügliche Beendigung der Atommüllproduktion.

Begründung:

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg hatte den Ausschussvorsitzenden als Mitglied in das „Programmkomitee“ zur Vorbereitung des Endlagersymposiums 2008 entsandt und in der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung ernsthafte und konstruktive Ansätze zu einem Dialog erlebt. Die Mitglieder des Programmkomitees haben sich auch nach der Durchführung des Symposiums zur weiteren Zusammenarbeit entschlossen und sich den Namen „Forum Endlagerdialog (FED)“ gegeben. Nach Durchführung verschiedener interner nichtöffentlicher Veranstaltungen verabschiedete das FED ein gemeinsames Mandat im Januar dieses Jahres. Der Kreisausschuss erneuerte die Entsendung des Ausschussvorsitzenden ausschließlich im Rahmen dieses Mandates. Im Mandat erklären die Mitglieder u.a. ihre Überzeugung, dass Entscheidungen zur Endlagerung im Dialog mit den wichtigen Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit getroffen werden sollen.

Der KA/KT stellt fest, dass alle wesentlichen Entscheidungen zur Endlagerung von der gegenwärtigen Bundesregierung ohne Dialog mit der Öffentlichkeit, sondern vielmehr in nichtöffentlichen Verhandlungen mit den Abfallverursachern getroffen wurden.

Das FED stellt in seinem Mandat weiterhin fest, dass dieses Forum nicht der letztlich angestrebte Dialog der relevanten Akteure in einem Beteiligungsverfahren bei Entscheidungen der Endlagerung ist. Ungeachtet dieser Feststellung wurde vom gegenwärtigen Bundesumweltministerium verschiedentlich die Behauptung erhoben, die geforderte Beteiligung erfolge bereits im Forum Endlagerdialog. Diese Einschätzung wurde zwar einem Adressaten gegenüber nach der Intervention des FED vom

Bundesumweltminister richtig gestellt. Es verbleibt dennoch der Eindruck, dass die Zusammenarbeit im FED vom Bundesumweltministerium instrumentalisiert werden und eine tatsächliche Öffentlichkeitsbeteiligung ersetzen sollte.

Mit der Aufkündigung des Moratoriums und dem alternativlosen Weiterbau am Salzstock Gorleben nach völlig veraltetem Bergrecht sind alle Empfehlungen des FED und der internationale Stand von Wissenschaft und Technik unberücksichtigt geblieben, sondern vielmehr die formalen Beteiligungsrechte der Bevölkerung vor Ort ausgehebelt worden. Der KA/KT begrüßt in diesem Zusammenhang die Klagen einiger Anwohner und Salzrechtsinhaber gegen die Wiederaufnahme der „Erkundungen“ und teilt die Auffassung, dass wesentliche Änderungen im Erkundungszweck und Erkundungsumfang die Aufstellung eines neuen Rahmenbetriebsplanes, mindestens nach derzeit gültigem Bergrecht mit qualifizierter Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich machen. Ungeachtet dieser Tatsache fordert der KA/KT die Bundesregierung aber vielmehr auf, die Arbeiten und Beantragungsverfahren für den Standort Gorleben gänzlich einzustellen und die Voraussetzungen für ein qualifiziertes sicherheitsorientiertes Standortauswahlverfahren in Deutschland zu schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der og. Beschlussvorschlag wurde einstimmig empfohlen, bei 2 Enthaltungen, in der Kreis Ausschusssitzung am 15.11.2010 (TOP 11).

In der Kreistagssitzung am 13.12.2010 wurde der Antrag zu Beginn der Sitzung von KTA Mundhenk im Namen der Gruppe X zurückgezogen.

Mit Schreiben vom 13.12.2010 beantragten 19 Mitglieder der Gruppe die Durchführung einer öffentlichen Kreistagssitzung am 14.02.2011. KTA Herbst konkretisierte am 29.12.2010, dass der og. Antrag der Gruppe X als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der beantragten Kreistagssitzung genommen werden soll.

Diese Vorlage dient lediglich der Sitzungsökonomie und stellt eine Übersicht und Zusammenfassung des Antrages unter der Ursprungsvorlage 2010/328 dar.